



# Der rote Farbtupfer

**Newsletter von Macit Karaahmetoğlu, SPD-  
Bundestagsabgeordneter für Ludwigsburg**

---



## **FARBPUTTER AUS DEM WAHLKREIS & UMLAND**

### ***Für eine fortschrittliche Wohnungsbaupolitik – Besuch von Staatsminister Sören Bartol in Ludwigsburg***



Der Parlamentarische Staatssekretär Sören Bartol hat am 16.11.2022 eine besonders interessante Baustelle in meinem Wahlkreis Ludwigsburg besucht: Aus der historischen Jägerhofkaserne im Osten der Stadt wird eine Wohnbebauung. 70 der 160 geplanten Wohnungen werden sozial gefördert.

Mein Fraktionskollege Sören Bartol unterstützt in seinem Amt unsere sehr erfolgreiche Bundeswohnungsbauministerin Klara Geywitz.

Ich konnte wegen einer Erkrankung leider nicht dabei sein. Meine Parteifreundin Andrea Schwarz, Baubürgermeisterin in Ludwigsburg, hat mich vertreten. Vielen Dank dafür.

Eines der Themen war bezahlbarer Wohnraum. Darüber tauschte sich Sören Bartol mit der Baubürgermeisterin sowie Andreas Veit, Geschäftsführer der Wohnungsbau Ludwigsburg, und Vertreter\*innen aus dem Kreistag und Gemeinderat aus. Heiner Pfrommer, Dezernent im Landratsamt, stellte die Bürgergenossenschaft Wohnen im Landkreis Ludwigsburg vor.

Wie mir berichtet wurde, waren die Gespräche sehr intensiv, und Sören Bartol versicherte mir, dass er nützliche Hinweise mit nach Berlin genommen habe.

Es freut mich, wenn im nächsten Jahre weitere solche Veranstaltungen in meinem Wahlkreis stattfinden.

Einen Bericht zu dem Besuch gibt es bei [Regio TV Stuttgart](#).

## **Mit dem Bundespresseamt nach Berlin – meine Informationsfahrten im Jahr 2023**



Als Abgeordneter des Bundestages kann ich in jedem Jahr bis zu drei Gruppen mit jeweils 50 Bürger:innen aus meinem Wahlkreis Ludwigsburg nach Berlin einladen. Im kommenden Jahr sind es sogar vier Gruppen, da dieses Jahr eine Gruppe coronabedingt abgesagt werden musste. Die Kosten der Fahrten trägt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA).

In den vier Tagen vor Ort (inkl. An- und Abreisetag) erleben die Gruppen das politische und historische Berlin hautnah. Bundeskanzleramt, Ministerien, Museen, Gedenkstätten - die Programme des BPA halten jedes Mal Highlights parat. Und auch der Bundestag wird natürlich besucht, wo ich ausgiebig für Gespräche zur Verfügung stehe.

Natürlich ist das Kontingent begrenzt, aber wir wollen möglichst vielen Menschen aus dem Wahlkreis Ludwigsburg ermöglichen, diese bereichernde Erfahrung mitzumachen. Bewerbt euch bzw. bewerben Sie sich also jetzt - ob als Einzelperson oder mit einer Gruppe (z.B. eurem ehrenamtlichen Verein, der Belegschaft einer Pflegestation etc.). Einfach

eine Email an mein Wahlkreisbüro schreiben, dann schauen wir, ob es klappt, und melden uns zurück.

Hier die Adresse, unter der alle weiteren Fragen zu dem Angebot geklärt werden können: [macit.karaahmetoglu.wk@bundestag.de](mailto:macit.karaahmetoglu.wk@bundestag.de)

Ich hoffe, man sieht sich schon bald im Berlin oder noch davor im schönen Wahlkreis Ludwigsburg!

### ***Bundesförderungen für den Wahlkreis: Geld für Gerlingen und Asperg***



Ein wichtiges Anliegen als Bundestagsabgeordneter ist es mir, im Wahlkreis auf die zahlreichen Förderprogramme des Bundes hinzuweisen und sich für Projekte aus der Heimat stark zu machen.

Ich freue mich vor diesem Hintergrund sehr, dass kürzlich die Förderanträge der Städte Asperg und Gerlingen erfolgreich waren und der Bund dort wichtige Vorhaben finanziell unterstützen wird.

Die Stadt Gerlingen, in der ich mit meiner Familie lebe, setzt sich mit großem Eifer und Innovationskraft für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz ein. Es ist einfach großartig, dass ein Projekt der Stadt nun im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundeswirtschaftsministeriums mit 200.000 Euro gefördert wird!

Das Projekt sieht eine Anbindung der Bibliothek, der Volkshochschule und des alten Rathauses an das Nahwärmenetz vor. Solche lokalen Ansätze sind wichtig, wenn wir als Land unseren Energieverbrauch minimieren wollen. Und es ist schön, dass die NKI solche Ideen bereits seit 2008 unterstützt.

Die Stadt Asperg wird vom Bund eine Förderung in Höhe von 100.000 Euro für den Gigabitausbau des Telekommunikationsnetzes erhalten. Die Mittel dafür stellt das Bundesverkehrsministerium bereit. Mit dem Geld sollen unterversorgte Adressen in der Stadt Asperg erschlossen werden.



## **FARBTUPFER AUS DER HAUPTSTADT & DER WELT**

### ***Für die SPD-Bundestagsfraktion unterwegs in der Türkei***



Als Sprecher meiner Bundestagsfraktion in der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe habe ich für ein paar Tage die Türkei besucht.

Ziel der zahlreichen Gespräche in Istanbul und Ankara war vor allem, ein noch besseres Gespür für die politische Lage vor Ort zu bekommen und den Austausch mit Parlamentariern zu pflegen.

In der Türkei stehen im kommenden Jahr Wahlen an, und auch wenn noch kein Datum dafür feststeht, merkt man doch, dass bereits Wahlkampfstimmung herrscht. Nicht wenige Expertinnen und Experten räumen dem großen Oppositionsbündnis aus mehreren Parteien eine reelle Chance ein, Präsident Erdogan aus seinem Amt zu befördern.

Die wirtschaftliche Lage der Türkei ist katastrophal, die immer weiter eingeschränkte Meinungsfreiheit ist besorgniserregend. Man spürt den Wunsch der Menschen in der Türkei, dass sich etwas verändern muss.

Ich habe viele Vertreter der Oppositionsparteien getroffen und sogar an einer Fraktionssitzung der SPD-Schwesterpartei CHP teilnehmen dürfen. Auch ihr Vorsitzender, Kemal Kilicdaroglu, hat mich in seinem Büro empfangen. Ich habe in den Gesprächen sehr eindrucksvoll zu spüren bekommen, welche politische Dynamik sich dort zurzeit entfaltet. Erdogan versucht insbesondere außenpolitisch (im Konflikt mit Griechenland und auch im Kampf gegen die kurdische PKK in Syrien und Irak), die nationalistischen Kräfte, die für ihn stimmen würden, noch einmal anzuschieben. Der Ausgang der Wahlen ist aber völlig offen.

Ein echter Höhepunkt war neben den politischen Gesprächen der Besuch des ARD-Studios in Istanbul. Es hat sich dort ein wenig angefühlt, als würde ich in einen Film eintauchen. Was für eine energiereiche und herzliche Atmosphäre.

Großen Dank an Karin Senz und das sympathische Team für den netten Empfang und den langen, intensiven Austausch zur Türkei. Insbesondere weil von hier aus auch über den Iran berichtet wird, weiß ich sehr zu schätzen, dass man sich die Zeit für meinen Besuch genommen hat.



### ***Statement zu den Protesten im Iran***



Die Proteste und ihre gewaltsame Unterdrückung im Iran nehmen immer dramatischere Züge an. Über 400 Demonstrant:innen, darunter auch einige Minderjährige, wurden vom menschenverachtenden Regime umgebracht.

Der immer lautere Ruf nach Freiheit und Menschenrechten bringt die fanatische Führung des Landes so sehr in Bedrängnis, dass nun ein Großteil der Parlamentarier ein „göttliches Urteil“ für die etwa

14.000 festgenommenen Frauen und Männer gefordert hat. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die Forderung nach Todesurteilen im Schnellverfahren.

Das zeigt noch einmal, welch menschenverachtendes Gedankengut sich durch die politisch-religiöse Elite des Landes zieht. Ihr verzweifelter Ansinnen: Die Proteste buchstäblich zu töten, sie im Keim zu ersticken. Ich denke und hoffe aber, dass es dafür zu spät ist. Die revolutionsartige Bewegung hat inzwischen international für so viel Aufsehen gesorgt, und die Solidarität ist so riesig. Auch der Bundestag hat in einem Antrag gefordert, noch höheren Druck auf das Regime in Teheran auszuüben.

Auch ich stehe an der Seite der freiheitsliebenden Menschen des Iran, die im ganzen Land für ihre Rechte auf die Straße gehen und dabei ihr Leben riskieren.

### ***Neuanfang im Migrations- und Staatsangehörigkeitsrecht***



Die Ampel-Koalition hat sich vorgenommen, die deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik neu auszurichten. Vor diesem Hintergrund wird Arbeitsminister Hubertus Heil nicht nur ein neues Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen, um mehr Fachkräfte für Deutschland zu sichern. Das Bundesinnenministerium möchte darüber hinaus auch das Staatsangehörigkeitsrecht, insbesondere die Möglichkeiten der Einbürgerung reformieren. Eine Einbürgerung soll künftig bereits nach fünf statt acht Jahren möglich sein. Bei der älteren Generation der Gastarbeiter:innen möchte man als Zeichen der Anerkennung auf die hohen Hürden von Sprachtests verzichten. Ich begrüße diese Überlegungen, denn sie zeugen von einem neuen, respektvolleren Zeitgeist.

Einwanderer meiner Generation sind bis ins Mark geprägt von Politikern wie Kohl und Koch. Im von der Union regierten Deutschland wurden wir stets abgelehnt und haben nie das Gefühl vermittelt bekommen, ein Teil dieses Landes zu sein. Es ist eine bittere Enttäuschung, in diesen Tagen zu spüren, dass sich im konservativen politischen Lager über Jahrzehnte

nichts verändert hat. Dabei müssen wir unser Staatsangehörigkeitsrecht dringend reformieren.

Die Staatsangehörigkeit ermöglicht politische Mitbestimmung und schafft ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Staat – bei Pflichten, die jeder wahrnehmen muss. Fünf Jahre Aufenthalt ist eine vernünftige Grundvoraussetzung. Aber Union und Teile der FDP protestieren schon wieder: ‚Erst Integration, dann Staatsangehörigkeit‘. Das zeigt, wie wenig Vertrauen sie in die Menschen haben, sich innerhalb von fünf Jahren integrieren zu können.

Die große, alte Wirtschaftspartei CDU bleibt in ihrem ewig gestrigen Gedankengut gefangen und wird immer mehr zum Bremsklotz unserer Wirtschaft. Es scheint, als ob Ressentiments und alte Ängste dort wichtiger sind als Fortschritt.

An anderer Stelle sind wir bereits weiter und haben kürzlich im Bundestag eine wichtige Neuerung für unsere Migrationspolitik beschlossen: das Chancenaufenthaltsgesetz. Wer fünf Jahre gut in Deutschland integriert ist, keine Straftat begangen hat, seine Identität nachweisen und seinen Lebensunterhalt sichern kann, sollte eine echte Aufenthaltsperspektive in Deutschland haben.

Bisher war Deutschlands Politik in diesem Bereich wenig rational und vor allem von Ängsten und Emotionen geleitet, die aus Jahrzehnten unionsgeführter Bundespolitik entstanden sind.

Dabei schießen wir uns ins eigene Knie, wenn wir gut integrierte Menschen, die in Lohn und Brot stehen, von einem Tag auf den anderen abschieben.

Und die Stimmen, die jetzt behaupten, man belohne Menschen, die ihre Identität verschleiern, verbreiten Unwahrheiten und schüren irrationale Ängste. Genau solche Fälle sind nämlich explizit vom Chancenaufenthaltsgesetz ausgeschlossen.

---

 **IMPRESSUM**

**Macit Karaahmetoglu, MdB**

Wahlkreisbüro Ludwigsburg, Untere Marktstraße 6, 71634 Ludwigsburg

Telefon: 07141-9919755, Mail: [macit.karaahmetoglu.wk@bundestag.de](mailto:macit.karaahmetoglu.wk@bundestag.de)